Aachener Nachrichten

„Solche Steuertricks schaden unserer Demokratie"

Seite 3 ABCDE

Karl-Martin Hentschel hat sich intensiv mit der Abgabenvermeidung von **großen Konzernen wie Ikea** beschäftigt. Er hält die Gerechtigkeit für massiv gefährdet.

Aachen. Die öffentliche Empörung war groß, als Anfang November die sogenannten Luxemburg-Leaks öffentlich wurden. Eine internationale Journalistengruppe hatte ein halbes Jahr lang Dokumente ausgewertet, die die enge Zusammenarbeit zwischen Luxemburger Steuerbehörden und multinationalen Konzernen belegen, die vor allem der Steuervermeidung dient. **Karl-Martin Hentschel**, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der grünen Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein, war nicht überrascht. Der Publizist engagiert sich bei der Nichtregierungsorganisation Attac und hat sich intensiv mit den Steuertricks von Ikea beschäftigt. Die betreibe der schwedische Möbelkonzern seit Jahrzehnten und sei insofern das Vorbild für die Steuervermeider von Apple, Amazon, Google & Co. Hentschel sprach mit unserem Redakteur **Amien Idries**.

Durch die sogenannten Luxemburg-Leaks wurde deutlich, wie multinationale Konzerne Steueroptimierung betreiben. Hat Sie das Ausmaß überrascht?

Hentschel: Nicht im Geringsten. Das Ausmaß ist seit Jahren bekannt. Dennoch bin ich für Luxemburg-Leaks sehr dankbar. Nicht, weil irgendetwas Neues herausgekommen wäre, sondern weil das Problem so ins öffentliche Bewusstsein vordringt. Nach Schätzungen gehen allein Deutschland durch Steuerschlupflöcher jährlich 30 bis 40 Milliarden Euro verloren. Die Summe der Gelder, die weltweit in Steueroasen untergebracht sind, wird auf mehr als 30 Billionen Dollar geschätzt. Das ist etwa ein Viertel des Gesamtvermögens der Welt.

Reden wir da von legaler Steuervermeidung oder von illegaler Steuerhinterziehung?

Hentschel: Die Grenze lässt sich häufig nicht trennscharf ziehen. Ein Mitarbeiter des internationalen Steuerberater-Netzwerks KPMG hat im britischen Unterhaus den Begriff legal folgendermaßen definiert: „Für uns ist legal, wenn wir eine 50-Prozent-Chance haben, den Prozess zu gewinnen." Es gibt also einen relativ großen Graubereich. Ob Amazon etwa wirklich einen luxemburgischen Firmensitz hat, ist angesichts der Tatsache, dass die betreffende Firma dort null Mitarbeiter beschäftigt, durchaus umstritten. Klar ist, dass die Steuerlücken von Staaten bewusst angeboten werden, um Unternehmen zu ködern, und klar ist auch, dass Großunternehmen ungern etwas offensichtlich Illegales tun. Sie nutzen vielmehr das legal Mögliche so weit aus, wie es irgendwie geht, und überschreiten dabei mitunter Grenzen. Die Komplexität des Themas kommt ihnen dabei zugute.

Sie haben sich intensiv mit Ikea beschäftigt und bezeichnen den Möbelkonzern als Vorbild für die Tricks von Apple, Amazon, Google & Co. Wie geht der Ikea-Konzern vor?

Hentschel: Zunächst einmal muss man nicht von dem Ikea-Konzern, sondern von den Ikea-Konzernen sprechen. Ikea setzt sich nämlich aus drei zumindest auf dem Papier unabhängigen Firmengruppen zusammen. Die Ingka-Gruppe, zu der etwa die Möbelmärkte und -fabriken sowie die Restaurantkette gehören. Die Inter-Ikea-Gruppe, der die Markenrechte gehören, und die Ikano-Gruppe mit der Ikano-Bank und Versicherungen. Dieses Firmengeflecht ist schwer zu durchschauen und hilft Ikea-Gründer Ingmar Kamprad dabei, durch geschickte Standortwahl die Steuerbelastung so gering wie möglich zu halten.

Vortrag und Diskussion zu Ikea in Aachen

Karl-Martin Hentschel wird am 9. Dezember ab 17.30 Uhr in Aachen einen Vortrag über die Steuertricks von Ikea halten. Die Veranstaltung mit anschließender Diskussion findet im Rahmen der Reihe „Einwände" statt, die vom Evangelischen Erwachsenenbildungwerk (EEB) im Kirchenkreis Aachen und Attac Aachen veranstaltet wird. Der Eintritt zu der Veranstaltung im Haus der Evangelischen Kirche (Frère-Roger-Straße 8-10) ist frei.

Plädiert für eine Gesamtkonzernbesteuerung, die das Verschieben von Geldern innerhalb einer Firmengruppe erschweren soll: Karl-Martin Henschel. Foto: privat

Zum Beispiel?

Hentschel: Da sind beispielsweise die Franchising-Gebühren, die jeder Ikea-Markt an die Inter Ikea Systems BV in den Niederlanden für die Nutzung der Namensrechte zahlen muss. Die Inter Ikea gilt als Forschungs- und Entwicklungsfirma und muss daher lediglich einen Steuersatz von fünf Prozent zahlen. Aber selbst die zahlt sie nicht, weil Kamprad 2012 der wohl größte Coup gelungen ist. Da hat die in Lichtenstein sitzende Interogo Foundation, eine Privatstiftung der Familie Kamprad, die Ikea-Markenrechte an ihre Tochtergesellschaft Inter Ikea Systems BV verkauft. Für neun Milliarden Euro. Auf diese Weise wurden über fünf Milliarden Euro einmalig steuerfrei nach Liechtenstein transferiert. Zusätzlich erhält die Interogo Foundation jährlich 500 Millionen Euro von Inter Ikea, die ebenfalls steuerfrei sind, weil Privatstiftungen in Liechtenstein lediglich eine Pauschalsteuer von 1200 Schweizer Franken zahlen müssen. Die effektive Steuer auf die Franchise-Gebühren liegt damit bei etwa zwei Prozent.

Steuern zahlen ist Ausdruck von Solidarität mit einem Gemeinwesen. Sehen Sie Probleme für den Zusammenhalt der Demokratie?

Hentschel: Derartige Lücken in der Besteuerung untergraben mittelfristig unsere Demokratie. Unser Verständnis von einem gerechten Steuersystem ist, dass, wer mehr verdient, auch mehr Steuern zahlt. Bis zu einem Jahresgehalt von etwa 70 000 Euro stimmt das auch. Der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty hat nachgewiesen, dass ab dann die Steuerlast deutlich abnimmt. Bei einem Einkommen von einer Million Euro liegt die Steuerlast im Durchschnitt bereits unter 40 Prozent. Bei Superreichen – wie etwa Ingmar Kamprad oder der L'Oreal-Erbin Liliane Bettencourt – liegt die effektive Steuerquote nur noch bei zwei bis drei Prozent.

Weil sie sich das Know-how leisten können, wie man Steuern vermeidet?

Hentschel: Ja. Aber auch, weil Wertzuwächse nach dem internationalen Steuerrecht steuerfrei sind. Das heißt: Nur die ausgewie senen Gewinne werden versteuer . Nehmen wir das Beispiel Bette l court, die reichste Frau Frankreic mit einem Vermögen von un fähr 30 Milliarden Euro. Das mögen dieser Frau ist in den vergangenen zwanzig Jahren jährlich im Schnitt um eine Milliarde Euro gewachsen. Versteuert hat sie aber nur die jährlichen Gewinne – das waren nie mehr als fünf Millionen Euro. Die Tatsache, dass ihre Firmen und Immobilien wertvoller geworden sind, wird bei der Steuer nicht berücksichtigt.

Beim derzeitigen System sind also die multinationalen Konzerne, die Steueroasen und die Superreichen die Gewinner. Wer verliert?

Hentschel: Von den eben bereits erwähnten 30 Billionen Dollar, die sich in Steueroasen befinden, stammen mehr als zehn Billionen aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Jährlich verlieren Entwicklungsländer 160 Milliarden Dollar an Steuern. Zum Vergleich: Die jährliche Entwicklungshilfe beträgt 134 Milliarden Dollar. Auch die südeuropäischen Länder verlieren. Während dort die Menschen mit immer neuen Sparprogrammen konfrontiert werden, entziehen sich viele Konzerne und Superreiche der Steuerlast – mit Hilfe der niederländischen und der luxemburgischen Regierungen.

Sie nehmen mit Ihrer Attac-Kampagne vor allem Ikea aufs Korn. Müsste das Ziel der Kampagne nicht die Politik sein, anstatt Ikea an moralischen Maßstäben zu messen? Der Konzern verhält sich im Rahmen des Steuersystems völlig logisch.

Hentschel: Das Ziel unserer Kampagne ist ganz klar die Politik, die das bestehende System verändern muss. Wir nutzen Ikea lediglich als Beispiel, weil Kamprad die Steuervermeidung zur Perfektion getrieben hat. Was die moralische Bewertung angeht, so messen wir den Ikea-Konzern nur an seinen eigenen Maßstäben. Die Firma präsentiert sich stets als besonders sozial, gerecht, ökologisch und familienfreundlich. Das ist Teil ihres Images, das nicht unerheblich zu ihrem Erfolg beiträgt. Demgegenüber stehen Ausbeutungsbetriebe in Malaysia und Bangladesch, die Verlagerung der Billy-Regalproduktion von Lettland nach Weißrussland, weil dort die Produktionskosten niedriger sind, und die Abholzung von Wäldern in Finnland und Russland. Man kann Ikea zumindest vorwerfen, dass ihr Image nicht im Einklang mit der Realität steht.

> „Bei Superreichen liegt die effektive Steuerquote nur noch bei zwei bis drei Prozent."
> **KARL-MARTIN HENTSCHEL**

Was müsste auf politischer Ebene geschehen?

Hentschel: Heute wird jede Betriebsstätte für sich besteuert. Jeder Ikea-Markt macht also eine Bilanz und versteuert seine Gewinne. Das ermöglicht die derzeitige Praxis, Gewinne immer dahin zu schieben, wo die geringsten Steuern erhoben werden. Wir von Attac plädieren dafür, eine Gesamtkonzernbesteuerung einzuführen, wie es sie in den USA oder in Kanada bereits gibt. Das heißt: Es wird für den gesamten Konzern eine weltweite Bilanz erstellt. Diese muss nach den Ländern, in denen die Firma tätig ist, aufgeschlüsselt werden. Auf dieser Basis wird nach einer Formel der Gewinn auf die Staaten aufgeteilt und dort nach den jeweiligen Sätzen besteuert.

Muss das System weltweit eingeführt werden, um Steuerflucht zu verhindern?

Hentschel: Natürlich wäre das wünschenswert. Aber bereits eine EU-weite Einführung wäre hilfreich. Die EU ist der größte Wirtschaftsraum der Welt, weswegen sich keine Firma leisten kann, diesen Raum zu meiden. Die EU hat dieses Konzept bereits in eine Richtlinie eingebracht, die nach kanadischem Vorbild formuliert wurde. Die ist aber über das Europäische Parlament nicht hinausgekommen, weil die Lobbyarbeit der Konzerne bei den nationalen Regierungen zur Verwässerung des Entwurfs geführt hat. Die Gesamtkonzernbesteuerung der EU sollte zuletzt nicht verpflichtend, sondern freiwillig sein. Das ergibt natürlich überhaupt keinen Sinn. Unsere Hoffnung ist, dass durch die derzeitige Debatte wieder Dynamik in diesen Vorstoß kommt.